

Deutschland weiter abgestiegen

Eine aktuell vom UNICEF-Forschungsinstitut erstellte Studie vergleicht die Lebensbedingungen von Kindern in wohlhabenden Staaten. Deutschland erreicht beim Wohlbefinden von Kindern im internationalen Vergleich lediglich den Platz 25. Besonders im Bildungsbereich bestehen deutliche Defizite, während Kinderarmut und soziale Ungleichheit weiterhin als zentrale Probleme gelten.



DGB-Bundeskongress 2026

Wiedereinführung der Wehrpflicht abgelehnt

Die Gewerkschaftsdelegierten des DGB sprachen sich auf ihrem Bundeskongress Mitte Mai gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. 74 Prozent stimmten für einen Antrag des Bundesjugendausschusses, der die Wehrpflicht ablehnt. Noch mehr votierten für den kurzfristig vom DGB-Bundesvorstand eingebrachten Initiativantrag „Friedensfähig statt kriegstüchtig – unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten“.

Die Gewerkschaftler stellen sich damit gegen die verheerenden Folgen einer unbegrenzten Hochrüstung auf. Die Militarisierung der Gesellschaft wird ebenso abgelehnt, wie eine Politik, die der „Kriegstüchtigkeit“ das Wort redet. Außerdem haben sich die Delegierten gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ausgesprochen. Der Wille der Gewerkschafter, Teil der Friedensbewegung zu sein, wurde immer wieder betont.

Frank Werneke, der Verdi-Vorsitzende, der die Begründung des Initiativantrags vortrug, kritisierte die „absurde Höhe“ der künftigen Militär-Ausgaben. Mit 220 Milliarden Euro würde dies die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts betragen. Das sei auch dann nicht zu verantworten, wenn die Ausgaben nur über Schulden finanziert würden. Spätestens, wenn die Zinsen anfallen, landen die Ausgaben wieder im Bundeshaushalt, so Werneke. Er fragte, warum Deutschland als **einzigstes europäisches Land einen höheren Militärhaushalt haben soll als Russland**. Äußere Sicherheit dürfe nicht gegen soziale Sicherheit ausgespielt werden.

Widerspruch gegen Kriegspropaganda

Inzwischen werden nicht nur Schulen, sondern auch immer mehr Kommunen von Bundeswehroffizieren aufgesucht, um die Bevölkerung „kriegstüchtig“ zu machen. So gab es am 21. April einen Auftritt des Kommandeurs der Unteroffiziersschule der Luftwaffe aus Appen in der Stadtvertretung. Angekündigt waren Ausführungen zum „Operationsplan Deutschland“. Der „Operationsplan Deutschland“ beinhaltet im Wesentlichen, wie die gesamte Gesellschaft und wichtige zivile Organisationen in die Kriegsplanung einbezogen werden sollen. Die Ausführungen des Obersts fielen spärlich aus, dafür gab es dann Videos von Soldaten, die über Mauern hüpfen. Der Oberst stellte vor, dass die Bekämpfung „gewalttätiger“ Demonstrationen – vermutlich von Kriegsgegnern – vorgesehen sei. Dann solle die „kritische Infrastruktur“ geschützt werden, und dänische Soldaten auf ihrem Weg durch Schleswig-Holstein in Richtung Hannover müssten versorgt werden. Von Hannover aus sollen sie dann zusammen mit bis zu 800.000 Nato-Soldaten an die Ostfront ziehen. Etwas befremdlich war, warum am Ende des Vortrags des Bundeswehrobersts die



Stadtvertreter – mit Ausnahme der BALL-Fraktion – applaudierten.

BALL-Stadtvertreter Dr. Günter Thiel gab anschließend eine Gegenstellungnahme ab. Er wies darauf hin, dass wesentliche Teile des „Operationsplan Deutschland“ vor der Bevölkerung verheimlicht werden. Aber im „Grünbuch Zivilmilitärische Zusammenarbeit ZMZ 4.0“ steht, wie weit die Planungen für einen Krieg inzwischen erfolgen. Das Gesundheitswesen soll vom

Krankenhaus bis zum Hausarzt vorrangig auf die Versorgung Tausender Kriegsverwundeter umgestellt werden. Flüchtlinge und Tote in hohen Zahlen sind zu bewältigen, und dann soll die Bevölkerung dahin gebracht werden an den Kriegsvorbereitungen aktiv mitzuwirken. „Eine erfolgreiche Zivilmilitärische Zusammenarbeit ZMZ wird nur dann gelingen, wenn jede und jeder Einzelne aus der Bevölkerung aktiv daran mitwirkt. Hierzu ist das kollektive Bewusstsein

zu schaffen und aufzubringen.“ (S. 19, Grünbuch ZMZ, herausgegeben von Bundestagsabgeordneten, online unter https://zoes-bund.de/wp-content/uploads/2025/03/250306_Gruenbuch_ZMZ_digital.pdf)

Der BALL-Stadtvertreter nannte es unerträglich, dass permanent nur von Krieg, Kriegsvorbereitung und Aufrüstung die Rede ist und es von den Bundesregierungen und der EU bisher keine ernsthafte Initiativen für Diplomatie und Verhandlungen zur Been-

digung des Sterbens gegeben habe. Allein die Absicht, bis zu 5 % des Bruttonationalprodukts in die Aufrüstung zu stecken, wie CDU, SPD, GRÜNE und AFD es wollen, bedeute, dass bis zur Hälfte des Bundeshaushalts für die Aufrüstung drauf gingen. „Die Rüstungskonzerne feiern, die Lasten – Verschuldung und Sozialabbau – werden den Menschen aufgebürdet. Viele Kommunen – wie Barmstedt – stehen jetzt schon finanziell kurz vor dem Abgrund. Am schlimmsten ist jedoch, dass so getan wird, als könne man einen Krieg mit Russland so eben vorbereiten und damit für „Sicherheit“ sorgen. Über die Hauptgefahr wird systematisch geschwiegen: Wenn es durch Angriff oder Präventivangriff – von wem auch immer – oder aus Versehen zum Atomkrieg mit Russland kommt, dann bleibt auch von Deutschland innerhalb von Sekundenbruchteilen nichts mehr übrig.“

Statt weiterer verbaler und militärischer Eskalationen muss es eine **Kehrtwende** in Richtung **Verhandlung, Abrüstung und Frieden** geben, und diese Forderungen müssen auch im Eigeninteresse aus den Kommunen kommen“, so der BALL-Stadtvertreter.

Anzahl der Sozialwohnungen weiter gesunken:

1,4 Millionen Sozialwohnungen fehlen

Aktuell fehlen in Deutschland rund 1,4 Millionen Wohnungen – fast ausschließlich bezahlbare Wohnungen und vor allem Sozialwohnungen. Das geht aus dem „Sozialen Wohn-Monitor 2026“ hervor, den das Pestel-Institut zusammen mit dem Bündnis „Soziales Wohnen“ in Berlin vorgestellt hat. Zu dem Bündnis gehören u. a. der Deutsche Mieterbund (DMB), die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) und die Caritas.

Der Bestand an Sozialwohnungen geht auch in diesem Jahr weiter zurück. Jahr für Jahr schrumpft der öffentlich geförderte Wohnungsbau,



der Menschen mit geringem Einkommen vergleichsweise bezahlbaren Wohnraum bietet. 2025 sind rund 20.000 Sozialwohnungen weggefallen. Ende 2025 waren bundesweit nur noch rund 1,05 Millionen So-

zialwohnungen registriert. Vor nicht einmal zwei Jahrzehnten, 2006, waren es hingegen knapp 2,1 Millionen.

Zwar meldet das Bauministerium in Berlin leichte Bewegung nach oben: Im letzten

Jahr wurden 27.283 geförderte Neubaumietwohnungen – zwei Prozent mehr als im Jahr 2024 – sowie 4.701 neue Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende gebaut. Doch dieser Zuwachs bringt keine Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt. Denn gleichzeitig fielen 57.621 Wohnungen aus der Sozialbindung. Das sind Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden und somit einer Belegungs- und Preisbindung unterliegen. Diese fällt weg, wenn die öffentlichen Gelder zurückgezahlt sind, beziehungsweise nicht mehr gewährt werden. Unterm Strich bedeutet das: Für jede

neu geförderte Wohnung in 2025 verschwinden zwei aus dem Bestand.

Die GKB-Pinneberg Bau-genossenschaft eG plant seit über 5 Jahren den Neubau von 5 Wohnhäusern mit insgesamt 40 Sozial-Wohneinheiten im Norden Barmstedts. Wohl auf Grund diverser Finanzierungsprobleme (hohe Bankzinsen)



Helmut Welk
Mitglied im
Bauausschuss

konnte mit dem Bauvorhaben in den letzten Jahren nicht begonnen werden. Da die GKB-Pinneberg jetzt Änderungen und Anpassungen am vorliegendem Bebauungsplan vornehmen möchte, ist wohl erst im Herbst 2027 mit einem möglichen Baubeginn zu rechnen.

CDU/Grünen-Landesregierung hat wichtige Infos verschwiegen

Northvolt-Pleite: Millionen sind weg

Der schwedische Batteriehersteller Northvolt wollte bei Heide eine Batteriefabrik mit rund 3.000 Arbeitsplätzen errichten. Dafür hatte Northvolt von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine Anleihe in Höhe von über 600 Millionen Euro erhalten, für die jeweils zur Hälfte Bund und Land SH bürgen.

Northvolt scheiterte aber an einer Finanzierungs Krise, die letztlich zur Insolvenz des einstigen Hoffnungsträgers für europäische Batteriezellen führte. Das Unternehmen wollte zu schnell wachsen und hat die hohe Komplexität sowie die Kosten der Akkufertigung unterschätzt. Zusätzlich verzettelte sich Northvolt in zu vielen teuren Projekten gleichzeitig, was zu massiven Produktionsproblemen führte. Erschwerend kamen gestiegene Zinsen für Bankkredite und eine schwache Nachfrage nach E-Autos hinzu. Northvolt ging schlicht das Geld aus, um die laufenden Kosten zu decken und das Werk in Schweden sowie die geplanten Standorte (u. a. in Heide) weiterzuentwickeln.

Der Plan, eine der größten Batteriefabriken Europas in Dithmarschen zu bauen, platzte. 2025 musste mit einer Gesamt-Schuldenlast von etwa 9 Milliarden EURO Insolvenz angemeldet werden. Die Pleite des Batterieherstellers hat für uns als Steuerzahler schwerwiegende finanzielle Folgen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie der Bund und das Land Schleswig-Holstein haben mehrere **Hundert Millionen Euro** staatlichen Fördermitteln überwiesen und für eine KfW-Wandelanleihe in Höhe von 600 Millionen Euro gebürgt. Der Landesrechnungshof kritisierte

die Zusagen an Northvolt. Der Vorwurf lautet, die CDU/Grüne-Landesregierung hat enorme Summen riskiert ohne ausreichende Sicherheiten, und das Parlament wurde nicht über etwaige Bedenken informiert.

Das Landesverfassungsgericht musste sich mit dem Fall beschäftigen. Im Mai 2026 fiel das einstimmige Urteil: Die Landesregierung hat die Abgeordneten nicht ausreichend über die Risiken der Northvolt-Finanzierung informiert. Danach hat die Regierung gegen die Haushaltsordnung verstoßen. Der Landesrechnungshof

kritisiert vor allem, dass das für die damalige Förderung von Northvolt zugrunde liegende Gutachten auf Grundlage einer unvollständigen Datenlage erstellt wurde. Es wurden demnach keine belastbaren Unterlagen zur benötigten Finanzierung zur Verfügung gestellt, worüber der Landtag in Kiel hätte abstimmen können.

Die SPD-Landtagsfraktion stellt jetzt nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts fest: „Die Landesregierung hat mit Steuergeld hochriskant, intransparent und politisch getrieben gehandelt.“ Bernd Buchholz von der FDP warf der Landesregierung eklatante Fehler vor, sie hätte „Risiken bewusst ignoriert und grob fahrlässig gehandelt“. Der SSW fordert endlich eine notwendige Aufarbeitung.

Für den Standort in Heide bleibt die Zukunft weiterhin unklar. Das US-Unternehmen Lyten hat zwar die europäischen Standorte von Northvolt übernommen, will aber im ersten Schritt nur in Schweden die Produktion wieder anlaufen lassen.



Bundesweite Schulstreiks gegen Wehrpflicht

Rechtzeitig Widerstand leisten!

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht, Europa lag in Trümmern. Bis weit hinein in konservative Bevölkerungsschichten schworen sich die Deutschen damals: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“. Die Organisatoren der Schulstreikbewegung gegen die neue Wehrpflicht hatten also ganz bewusst einen geschichtsträchtigen Tag für den dritten bundesweiten Schulstreik gewählt. Es beteiligten sich wieder über 45.000 Jugendliche in mehr als 120 Städten um daran zu erinnern, wohin es die Welt führte, als Deutschland das letzte Mal die „stärkste konventionelle Armee Europas“ haben wollte. Die Schüler fordern die Rücknahme des „Wehrdienstmodernisierungsgesetzes“, ein Ende der schleichenden Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie einen Stopp von Bundeswehrauftritten an Schulen.

In einer Mitteilung der bundesweiten Initiative Schulstreik gegen Wehrpflicht heißt es: „Heute haben Schülerinnen und Schüler erneut deutlich gemacht: Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft. Damit ziehen wir die Schlussfolgerung aus dem Zweiten Weltkrieg. „Nie wieder Krieg!“



heißt heute „Nie wieder Wehrpflicht!“

Die Bundesregierung erklärte mit der Einführung des „Wehrdienstmodernisierungsgesetzes“, dass der Zwangswehrdienst kommen werde, sollten sich nicht genügend Freiwillige melden. Deutschland und Teile der EU bereiten sich erkennbar auf einen Krieg vor, und die jungen Menschen sollen das „Kanonenfutter“ dafür sein, so die Schüler-Initiative. Dagegen sei Widerstand notwendig.

„Die drohende Wiedereinführung der Wehrpflicht reiht sich ein in eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen ein, in

Angriffe auf den Sozialstaat, auf die sozialen Sicherheiten, in eine zunehmende ideologische Militarisierung und nicht zuletzt in die stärkste Aufrüstung seit dem zweiten Weltkrieg“, so Hannes Kramer, einer der Sprecher der Schulstreikbewegung.

Auch bei dem Schulstreik im Mai gab es wieder Einschüchterungsversuche und Strafmaßnahmen. Schülerinnen und Schüler wurden, während der Zeit als die Demonstrationen liefen, in der Schule eingeschlossen. Es wurden von einigen Schulleitungen Elternbriefe verschickt und an dem Streiktag bewusst Klassenar-

beiten geschrieben und bei Nichterscheinen mit einer Sechszensiert.

Solche Methoden halten die Schülerinnen und Schüler aber nicht davon ab, weitere Aktionen gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu planen. Der nächste Schritt sei eine Aktionswoche gegen den „Veteranentag der Bundeswehr“ vom 15. bis zum 21. Juni, teilten die Organisatoren mit. Dann werde man die Sommerferien zum Austausch innerhalb der Schüler-Bewegung nutzen, um im Herbst zum nächsten Streik aufzurufen.

Ampel in der Moltkestraße

Kreis verhindert sinnvolle Regelung

Es war ein schwacher Auftritt Herrn Zieglers, des Leiters im Fachdienst Straßenbau und Verkehrssicherheit des Kreises Pinneberg und seines Mitarbeiters, die am 1. Juni zum Bauausschuss der Stadt geladen waren, um Stellung zu einigen strittigen Fragen zu Verkehrsprojekten zu beziehen. Hauptstreitpunkt seit Monaten: Die Ampel an der Moltkestraße/Einmündung Pinneberger Landstraße. Viele Bürger Barmstedts, die Stadtverwaltung, die lokale Politik und vor allem die Anwohner sind sich einig, seit der Landesbetrieb Verkehr (LBV) die Anlage erneuert hat und eine vermeintlich intelligente Lichtanlage installiert hat, ist die Verkehrsführung alles andere

die Anwohner die nächtliche Lichtbelästigung einerseits, die Lärmbelästigung durch unnötig wartende Fahrzeuge andererseits beklagen. Es wäre also einleuchtend, den alten Zustand wieder herzustellen. Aber nicht so für den Kreis. Dieser beruft sich auf §37 der Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) in dem es heißt: „Lichtzeichenanlagen sollen in der Regel auch nachts in Betrieb gehalten werden“. Die BALL-Fraktion fragt sich, wie es sein kann, dass die Entscheider in der Kreisverwaltung behaupten, eine Nachtabschaltung sei daher fast unmöglich, obwohl derselbe Artikel sich auch zu einer nächtlichen Ruhephase äußert: „... ist die Verkehrsbelastung nachts



als intelligent. Die Wartezeiten für alle Linksabbieger haben sich deutlich erhöht, wodurch bisweilen enorme Rückstauungen entstehen. Die Mitarbeiter des Kreises behaupten, dass die Lichtanlage ordnungsgemäß funktioniert, einige Autofahrer würden mit einem falschen Abstand zur Ampel halten und so für diese Probleme sorgen. Die Einwände der Barmstedter seien also grundlos. Gegen diese Darstellung regte sich parteiübergreifend Widerstand und einige Bauausschussmitglieder machten ihrer Empörung auch Luft. Die Mitarbeiter des Kreises bekundeten recht müde, dass sie alles noch einmal überprüfen würden. Nach einem ernsten Überdenken der eigenen Handlungen klang dies nicht.

Noch eindrucksvoller war allerdings die Debatte um die Nachtabschaltung eben dieser Ampel. Bis zur erwähnten Erneuerung der Anlage gab es eine Nachtabschaltung, aktuell ist dies nicht mehr so. Viele Anwohner sprachen in den letzten Monaten bei den Gremien der Stadt vor, um wieder eine Abschaltung zu erreichen. Von städtischer Seite spricht auch nichts dagegen, zumal

schwächer, so empfiehlt es sich, für diese Zeit ein besonderes Lichtzeichenprogramm zu wählen, das alle Verkehrsteilnehmer nur kurz warten lässt“. Aus unserer Sicht entbehrt daher die Haltung des Kreises einer gesetzlichen Grundlage, da der Verkehr



Reimund Bauer
Mitglied im
Bauausschuss

nach 22.00 Uhr erwiesenermaßen deutlich schwächer ist.

Der Fachbereichsleiter betonte mehrfach, dass man prüfen müsse, ob auch ohne Lichtzeichen ein sicherer Verkehr möglich ist. Die BALL hält eine zusätzliche Prüfung für überflüssig, da die Unfalldaten bereits klar sind: in den letzten Jahrzehnten gab es nachts keinen Unfall an dieser Kreuzung. Aus diesen Gründen fordern wir die Wiedereinführung der Nachtabschaltung und die Ausstattung des Einmündungsbereiches mit allen erforderlichen Verkehrszeichen, z.B. den gelben Blinkbetrieb, um einen sicheren Verkehrsfluss von 22.00 bis 6.00 zu gewährleisten.